



## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

die Rückkehr zur Normalität beginnt. Mit der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verordnung geben wir Geimpften und Genesenen an diesem Wochenende wieder einen Teil der ihnen zustehenden Grundrechte zurück. Für die Betroffenen sind das mit Sicherheit Erleichterungen. Doch vor allem geht es darum, ihnen wieder einen Teil der Grundrechte einzuräumen, die uns allen grundsätzlich zustehen, die aber aufgrund der Corona-Pandemie eingeschränkt werden mussten.

Das bedeutet aber auch, dass noch immer ein Teil der Gesellschaft nach wie vor auf Grundrechte verzichten muss, weil es derzeit noch nicht genügend Impfmittel gibt. Das könnte zu einer Neiddebatte führen, weil hier die Grundrechte von

Nichtgefährdeten und die Schutzbedürfnisse der Gefährdeten aufeinandertreffen.

Bisher aber hat der weitaus größere Teil der Bundesbürger eingesehen, dass zur Bewältigung dieser bislang einzigartigen Pandemie Beschränkungen erforderlich sind. Und die meisten haben sich auch daran gehalten. Nun zeigt sich, dass die Maßnahmen richtig waren, und wir können peu à peu wieder zur Normalität zurückkehren.

Aber es war auch immer klar, dass das nicht von heute auf morgen passieren wird. Das alles braucht seine Zeit. Und wir wissen heute noch nicht, wie es im nächsten Jahr weitergeht. Kommt dann wieder eine Pandemie mit einem mutierten Virus? Müssen wir vielleicht noch viele Jahre mit Corona in irgendwelchen abgewandelten Formen leben?

Das alles gebietet zu einer gewissen Vorsicht und zu

Vorsorgemaßnahmen. Aber nichts destotrotz können wir auf diesen ersten Teilerfolg im Kampf gegen Corona stolz sein und wir sollten uns mit denen freuen, die nun wieder ein Stück mehr Normalität genießen dürfen.

In diesem Sinne berichte ich von der abgelaufenen Parlamentswoche und grüße Sie mit dem Wunsch für Gesundheit und Hoffnung

herzlich

Ihr

## Zwei Milliarden für Kinder und Jugendliche

Angesichts der besonderen Belastungen von Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie hat das Bundeskabinett am Mittwoch (5.5.2021) das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ beschlossen. Dafür wird für dieses und das kommende Jahr jeweils eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt.

Kinder und Jugendliche kommen in der Pandemie oft zu kurz: Ob Schule, Sport, Musik, Klassenfahrten, Freizeitangebote – vieles konnte in den letzten Monaten nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. Das hinterlässt Spuren bei jungen Menschen und ihren Familien: Lernrückstände, Bildungslücken, aber auch soziale, psychische und gesundheitliche Folgen. Doch Kinder haben eine Chance auf eine erfolgreiche Zukunft verdient.

Das Ziel des Aktionsprogramms lautet: Kinder und ihre Familien müssen nach der Pandemie wieder auf die Beine kommen. Die Corona-Krise darf für sie nicht zu einer dauerhaften Krise werden. Lernrückstände müssen aufgeholt, frühkindliche Bildung intensiver gefördert, Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote ausgebaut und die Jungen in Alltag und Schule unterstützt werden.

Das Aktionsprogramm stelle eine Milliarde Euro für zusätzliche Förderangebote zur Verfügung, damit verpasster Schulstoff aufgeholt werden kann. Weitere 150 Millionen Euro fließen in die wichtige frühkindliche Bildung. Bundesweit werden davon u.a. 1.000 zusätzliche Sprachkitas profitieren. 530 Millionen Euro gibt es für die Jugendarbeit im Sport, für Ausflüge, Ferienfreizeiten, außerschulische Angebote und

Mehrgenerationenhäuser. Kinder aus bedürftigen Familien greifen wir gezielt mit einem Kinderfreizeitbonus von je 100 Euro für Freizeitangebote unter die Arme. Der Bund macht außerdem mit 330 Millionen Euro den Weg frei für mehr Mentoren bei der Lernförderung, zusätzliche Sozialarbeit und Freiwilligendienstleistende in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt erhält eine zusätzliche Förderung. Denn das freiwillige Engagement für Kinder und Jugendliche in Vereinen, Initiativen und anderen ehrenamtlichen Strukturen ist jetzt besonders wichtig. Als CDU/CSU haben wir uns in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vereine vor Ort mehr Geld bekommen.

## Eine Stiftung zum Gedenken an Helmut Kohl

Mit der Errichtung einer Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung möchten wir einen der bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts ehren. Helmut Kohl, der „Kanzler der Einheit“ und große Europäer, war der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Mit 16 Jahren weist er die bislang längste Amtszeit auf, wobei Bundeskanzlerin Angela Merkel demnächst gleichziehen wird. Als einer der bedeutendsten

Politiker des 20. Jahrhunderts hat Helmut Kohl maßgeblich den Prozess der Wiedervereinigung gestaltet. 1989 hat er die einmalige Chance ergriffen, die durch den Mut und die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR geschaffen worden war. Die europäische Integration hat er entschieden und zum Wohle Europas und des Friedens in der Welt fortgesetzt.

In Anbetracht dieser herausragenden Lebensleistung ha-

ben wir am Donnerstag (6.5.2021) beschlossen, eine Bundestiftung öffentlichen Rechts zu schaffen. Die Stiftung wird das politische Erbe, das Wirken und die wichtigsten Erfolge Helmut Kohls veranschaulichen und zur Auseinandersetzung mit ihrer historischen Bedeutung anregen. Stiftungssitz soll Berlin sein.

## Höheres Tempo beim Klimaschutzgesetz

Beim Klimaschutz legen wir einen Zahn zu. Bis 2030 sollen nun nicht mehr nur 55 Prozent weniger schädliche Treibhausgase ausgestoßen werden, sondern 65 Prozent. Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral werden. Damit erfüllen wir die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes, die Lasten für den Klimaschutz nicht einseitig in die Zukunft zu verschieben und

jüngere Generationen stärker zu belasten. Eine entsprechende Reform wird nächste Woche im Bundeskabinett verabschiedet und dann noch vor dem Ende der Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag beschlossen.

Ich bin froh, dass wir diese Reform noch vor der Bundestagswahl auf den Weg bringen. Es zeigt, dass wir auch auf den letzten Metern noch

handlungswillig und -fähig sind. Bemerkenswert ist vor allem, dass viele frühere Gegner einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung jetzt plötzlich auch dafür sind. Man kann nur darüber staunen, was ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes an Bewusstseinsveränderungen bewirken kann.

## 150 Jahre deutsche Verfassung

Nach der ersten Wahl zum Reichstag im März 1871 verabschiedete das neue Parlament im April die Verfassung des neu gegründeten Deutschen Reiches, die am 4. Mai in Kraft trat. In der Verfassung wurden neben dem Bundesgebiet und der Reichsgesetzgebung auch die Rollen des Kaisers und des Parlaments festgelegt. Das deutsche Kaiserreich war eine konstitutionelle Monarchie. Dem Kaiser, der zugleich preußischer König und oberster Kirchenherr der Protestanten war, oblag die politische und militärische Führung. Er hatte den Oberbefehl über das Militär. Er entschied über Einberufung, Eröffnung, Vertagung und Schließung des Parlaments und des Bundesrates.

Die Abgeordneten des Reichstages wurden in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt. Wahlberechtigt waren bis 1919 allerdings nur männliche Deutsche über 25 Jahre. Militärangehörige und andere Gruppen waren ausgeschlossen. Frauen blieb das Wahlrecht bis 1918 verwehrt.

Im Gegensatz zum Bundestag heute hatte der Reichstag nur eingeschränkte Befugnisse. Er konnte weder die Regierung kontrollieren noch Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen. Der Reichskanzler war nicht dem Parlament verantwortlich, sondern allein vom Vertrauen des Monarchen abhängig und konnte deshalb auch nicht vom

Reichstag zur Rechenschaft gezogen werden.

Zwar konnte die Volksvertretung das jährliche Budget blockieren oder Gesetzesentwürfe des Reichskanzlers ablehnen, musste dann aber mit ihrer Auflösung rechnen. Gleichwohl besaß der Reichstag die Kompetenz, selbstständig Gesetzesvorlagen einzubringen. Auch die Tagesordnung bestimmten die Volksvertreter. Dennoch entstanden in dieser Zeit umfangreiche Gesetzeswerke, mit denen die Parlamentarier die Grundlagen für den heutigen Sozialstaat legten, wie beispielsweise die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung.

## Menschenrechtspolitik konsequenter gestalten

In der öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses am Mittwoch (5.5.2021) zum 14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik von 2018 bis 2020 würdigten die Experten, dass die Bundesregierung eine regelmäßige Berichterstattung zur Lage der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung veröffentlicht, kritisierten aber auch, dass diese in der Praxis konsequenter werden sollte.

Auf die deutliche Zunahme von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung wies Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender der International Justice Mission Deutschland, hin. Insbesondere prangerte er die sexuelle Ausbeutung von Kindern an, die unter Nutzung des Internets in widerwärtigster Weise missbraucht würden. Diesem neuen Trend, der sich in der Pandemie verstärkt hat, müsse durch schärfere Ge-

setze begegnet werden. Zudem nutzten Menschenhändler ganz gezielt Migrationsbewegungen, um Frauen und Minderjährige zur sexuellen Ausbeutung nach Europa zu schleusen.

Jochen Pieper vom Paritätischen Gesamtverband verwies auf die besorgniserregend wachsende Armut in Deutschland und die Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Wohnen und Gesundheit, unter denen auch Kinder zu leiden hätten. Deshalb befürwortete er die Anhebung der Hartz IV-Regelsätze.

Martin Lessenthin, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, prangerte die Einschränkungen der Menschenrechte in der Pandemie insbesondere in autokratischen Staaten an. Im Iran seien Hinrichtungen an der Tagesordnung und die Festnahmen von Ausländern und Iranern mit doppelter Staatsbürgerschaft, insbesondere

mit deutsch-iranischer, die als Geiseln dienen würden, nähmen zu. Deutschland gelte im Iran als schwaches Land, das leicht unter Druck zu setzen sei, auch um wirtschaftspolitische Vorteile zu erreichen.

Abschließend mahnten die Experten an, dass Deutschland sich noch konsequenter für den Einsatz und die Umsetzung der Menschenrechte sowohl international als auch im eigenen Land einsetzen und „klare Kante“ gegen die Erosion der globalen Menschenrechtsverletzungen zeigen solle. Die so genannten illegalen „Push-backs“ an den EU-Außengrenzen würden den menschenrechtlich gesetzten Maßstäben widersprechen. Die Mitarbeit Deutschlands im UN-Menschenrechtsrat sei dagegen engagiert und sehr konstruktiv.

## Freigabe der Corona Impf-Patente bringt nichts

In diesen Tagen wird zu recht darauf hingewiesen, dass es wenig nützt, wenn die Menschen in Deutschland, Europa und den Industriestaaten geimpft sind, nicht aber in den ärmeren Staaten der 3. Welt. Vor einem Virus kann man sich nicht abschotten. Der Vorschlag, den Patentschutz für Corona-Impfschutz vorübergehend auszusetzen, hat auf den

ersten Blick in der Tat sehr viel Charme. Bei genauerer Betrachtung erweist er sich jedoch als Danaergeschenk. Denn ärmere Länder und ein ganzer Kontinent wie Afrika könnten davon überhaupt nicht profitieren, weil es dort zu wenige Pharmafabriken gibt. Es müssten also neue gebaut bzw. die vorhandenen erst noch technisch umgerüstet werden, was wieder-

rum Geld kostet, das nicht vorhanden ist.

So bleibt es fürs erste das Beste, dass die Reichen die Armen unterstützen. Deutschland hat bereits eine Milliarde Euro für Impfungen in den ärmeren Staaten bereitgestellt.

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Simone Veres  
Hanna Herych  
Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

Sie können den Newsletter  
direkt über die Homepage  
abonnieren, oder senden Sie  
uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Klartext mit Peking reden

In einem Interview mit einer Journalistin der chinakritischen Medien NTD TV und Epoche Times zur Lage in China habe ich Klartext von der Regierung in Peking verlangt.

Es ist erfreulich, dass die deutsche Regierung und die Europäische Union ihre Politik gegenüber der chinesischen Regierung überdenken und nun endlich nicht nur wirtschaftliche Interessen und diplomatisches Kalkül zum Maßstab der bilateralen Beziehungen machen, sondern entschlossen die Frage der Menschenrechte in China und deren Einhaltung in ihr politisches Handeln einbeziehen wollen. Die chinesische Regierung verlangt nachdrücklich, dass wir uns nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen, dass uns das Wohl der Menschen in China nichts

angeht. Wir aber selber machen uns schuldig, wenn wir das Leid, die Nöte und den Tod tausender Menschen, wenn es nicht gar Millionen sind, die unter einer menschenfeindlichen Politik der chinesischen Regierung Leiden, gleichmütig hinnehmen.

Der Einfluss Chinas in der Welt und auf einzelne Staaten wächst von Tag zu Tag. Insofern werden wir nicht nur Zeugen von menschenfeindlichem Handeln, sondern wir werden eines Tages selbst die Opfer sein, wenn die Abhängigkeiten von chinesischer Politik oder eine Drohkulisse uns unter Druck setzen werden. Allein die Hunderttausende Falun Gong Anhänger, die wegen ihrer körperlichen Entspannungsübungen verfolgt und in Lager gebracht werden oder als lebendige Organspender so lange

am Leben erhalten werden bis sie gebraucht werden, sind himmelsschreiende Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Unterdrückung und Gleichschaltung der Tibeter und Uiguren, deren Kultur und nationale Identität in Zwangsarbeitslagern oder Umerziehungslagern, die die Regierung zynisch Weiterbildung nennt, sollen die nationalen Minderheiten genau wie die chinesischen Menschen zu willenlosen Dienern oder besser gesagt Sklaven der Regierung umformen. Über all diese Fragen müssen wir mit der chinesischen Regierung im Gespräch bleiben, wenn sie auf der Bühne der Weltpolitik ein glaubwürdiger Partner sein möchte. Das sind wir den Menschen in China schuldig, und das sind wir uns selbst schuldig.

